

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

149 (29.6.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MTTTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepolte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtbeachtung des Zeitungsleses, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Konturen außer Kraft tritt. o. Erläuterung und Geschäftsbedingungen im Anhang Nr. 1. D. o. S. 4. des Anzeigen-Kataloges 9 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandererhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Aufsehkunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,52 Mark, jährlich 38 Pfg. Einzelhefte o. Obere Zustellung 1,90 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellen 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktionen: Karlsruhe 1. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volksfreund-Pfalz Durlach, Hauptstr. 9. D.-Baden, Jagdhausstr. 12. Rastatt, Rastattstr. 2. Offenburg, Rembrandtstr. 8

Nummer 149

Karlsruhe, Mittwoch, den 29. Juni 1932

52. Jahrgang

Drohungen mit Staatsstreich

Die reaktionären Hamburger Nachrichten fordern Staatsstreich und Militärdiktatur - Reichskommissare für Preußen und süddeutsche Länder - Der Soldat mit der Waffe soll eingesetzt werden - Wer steckt hinter diesem hochverräterischen Treiben?

Energische und klare Schwabensprache

In den Hamburger Nachrichten veröffentlicht deren Hauptschriftleitung am Dienstag einen offenen Brief an den Reichsminister v. Papen, der allgemeines Interesse beansprucht. Bereits am letzten Sonntag hatten die Hamburger Nachrichten eine Reichsregulative gegen die Länder als dringend notwendig bezeichnet und an die Reichsregierung die Forderung gerichtet, ohne Rücksicht auf juristische Bedenken die Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen. Der Föderalismus habe den Staat so aufgelodert, daß nichts mehr vorhanden sei als eine anorganische Masse, die nur noch mit der Waffe des Soldaten in Schach gehalten werden könne. Dieser offenen Propagierung des Staatsstreichs folgte am Dienstag morgen eine außerordentlich verleumderische Heise gegen die preussische Regierung, indem in Bezug auf die Besprechung der Länderminister in Berlin über die ganze Watsche von „einem üblen Streich des schwarz-roten Systems“, einer Ministerarbeit der Schwarzrotten gegen das Reich“ und von „gefährlichen Machenschaften der geschäftsführenden preussischen Regierung“ gesprochen wurde, die „Süddeutschland gegen die Reichsregierung aufbeistehen“.

In dem offenen Brief wird der Reichsminister aufgefordert, vom Verhandeln zum Handeln überzugehen, die wollestehende Gewalt den militärischen Stellen zu übertragen und die Minister der rebellierenden Länder zu verhaften! Die entscheidenden Stellen des offenen Briefes, dessen Forderungen wahrscheinlich ihren Ursprung nicht in der Redaktion der Hamburger Nachrichten haben, lauten:

„Ganz außerordentlich bedenklich wird Sie, Herr Reichsminister, das Komplott stimmen, das anscheinend in den letzten Tagen in Berlin von dem geschäftsführenden preussischen Ministerpräsidenten angestellt wurde. Wenn man die darüber erschienenen Meldungen in der Presse verfolgt, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß da in Berlin Dinge betrieben werden, die ein den gefährlichen Vorhaben der Vorbereitung des Hochverrats sehr ernstlich anzusehen. Sollte dazu aber das Vorgehen der preussischen Regierung nicht ausreichen, dann steht zu hoffen, daß der Landtag von seinem Recht des Art. 55 Abs. 1 der preussischen Verfassung Gebrauch macht und die Minister unter Anklage stellt.“

Für Sie, Herr Reichsminister und die von Ihnen geführte Reichsregierung erhebt sich die Frage, wie lange Sie sich diesen offenen Widerstand in Ihre Maßnahmen gefallen lassen werden. Verlassen Sie nicht, daß es sich hier um eine Machtprobe handelt, aus der Sie unbedingt als erster Sieger hervorgehen müssen. Sie werden also, wenn die Länderregierungen unbeherrschbar sind, vom Verhandeln zum Handeln übergehen müssen. Die öffentliche Ruhe und Ordnung im Deutschen Reich ist erheblich gefährdet, und Sie werden nicht mehr darum herum kommen, dem Herrn Reichspräsidenten nahezu legen, in den rebellierenden Ländern einen Reichskommissar einzusetzen, der die Wertschätzung dafür bietet, daß der Wille der Reichsregierung zur Geltung kommt und daß von den Länderregierungen in gleicher Weise die öffentliche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt wird.“

Staatspräsident Bolz gegen Berliner Regiererei und gegen die Nazis

Stuttgart, 28. Juni. (Eig. Meld.) Der württembergische Landtag behandelte am Dienstag die nationalsozialistische Anfrage an die Regierung, mit welchem Recht sie sich dem Vorgehen der Ministerpräsidenten von Bayern und Baden gegen die Reichsregierung angeschlossen habe, ob die Teilnahme des Staatspräsidenten Bolz an der Fahrt zum Reichspräsidenten vom Staatsministerium beschloffen worden wäre, ob es die Stellungnahme von Bolz zum SA-Verbot gebilligt hätte und welche Maßnahmen sich Württemberg nach der Aufhebung des SA- und Demonstrationsverbots vorbehalten habe. Die Begründung erfolgte durch zwei der Nationalsozialistischen Juristen, war überaus harmlos in Form und Inhalt, im Gegensatz zu der von der Nazipresse in den letzten Wochen angeschlagenen und maßlos heberäischen Tonart.

Das stellte bei der Beantwortung der Anfrage auch Staatspräsident Bolz fest, der die Gelegenheit zu einer gründlichen Abrechnung mit den Nationalsozialisten benutzte. Er bezeichnete es als ein billiges Vergnügen, über die „geschäftsführende Regierung“ zu wibeln und ihr das Recht zur politischen Führung und Vertretung des Landes zu bestreiten. Sie sei zur Zeit die verfassungsmäßige Regierung, und zwar ohne jede Einschränkung. Sie sei nur dem Landtag als Ganzes für ihre Handlungen verantwortlich, habe aber keineswegs zuvor etwa sich der Zustimmung des Landtagspräsidenten zu ihren Absichten zu versichern. Der Landtagspräsident sei überhaupt keine politische Instanz, sondern hätte nur die Geschäfte

des Landtags zu leiten. Die Ministerpräsidenten hätten begründeten Anlaß zu ihrem Schritt, nachdem namentlich in der nationalsozialistischen Presse die Einsetzung von Reichskommissaren in den Ländern und die Verhängung des Ausnahmezustandes gefordert worden war, und nachdem die Beziehungen der Nationalsozialisten zur Reichsregierung unweifelhaft viel intimer und besser waren als unsere eigenen. Wir haben uns auch gegen die Benachteiligung der süddeutschen Wirtschaft in Berlin wenden müssen, als wir sahen, wie stark von der neuen Reichsregierung Großgrundbesitz und Großindustrie bevorzugt werden. Wir wendeten uns gegen die Aufhebung des SA- und Uniformverbots sowie gegen die Freigabe der Demonstrationen mit Rücksicht auf die Folgen, die sich daraus ergeben müssen. Die rechtliche Befugnis der Länderregierungen zum Verbot von Demonstrationen werde übrigens auch von der jetzigen Reichsregierung nicht bestritten, sofern die sachlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Wenn jemals, so seien Sie jetzt gegeben, wo die politischen Verhältnisse sich verschärft hätten und die Not geklärt sei. Wir haben gar nicht die Absicht, dem Reich Opposition zu machen. Wir beugen uns sehr den Anordnungen, aber voraussetzungslos werde es selbst jetzt die neue Bestimmung treffen, daß die Versammlungen anmeldepflichtig gemacht werden und daß die Polizei das Recht hat, Auflagen für ihre Durchführung zu machen und Verbote auszusprechen. Was wir in Berlin in dieser Sache vorzuziehen, war objektiv und sachlich nach allen Seiten und kann von keinem vernünftigen Schwaben angefochten werden.

Dann wendete sich Bolz gegen die Politik der Reichsregierung im allgemeinen, die im Augenblick, wo sie die Zusammenfassung der nationalen Kräfte für dringende nötig erklärt, selbst eine Innenpolitik einleitet, die das direkte Gegenteil herbeiführt.

Mit dieser Politik sei keine Sammlung der Volksträfte möglich. Wenn man die Nationalsozialisten ihre Truppen auf die Straße führen lasse, so müsse das zu Konflikten führen, bei denen das Untergehen nicht ausbleibe, für das die Reichsregierung mitverantwortlich ist; denn ihre Politik gebe alle vernünftigen und sachlichen Grundzüge preis, lediglich weil sie durch die eingegangenen politischen Bindungen dazu genötigt sei. Die Nationalsozialisten verlangen jetzt

von der Reichsregierung das Verbot der Kommunistischen Partei. Er habe den Reichsinnenminister dringend davor gewarnt, Wohlwille die SPD durch ihr Verhalten die Rechtsgrundlage dazu, aber es wäre politisch in höchstem Maße unweidmässig.

Es sei eine ganz gemeine und unberechtigter Unterstellung, daß Süddeutschland sich vom Reich trennen wolle. Was die süddeutschen Ministerpräsidenten in Berlin getan haben, habe das Recht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Wenn sie nicht zur Reichsregierung selbst gingen, so geschah es, weil wir nicht annehmen konnten, von ihr offenen Einblick in ihre Absichten zu erhalten, weil da gewisse Bindungen vorlagen, die das nicht gestatten. Da blieb der Reichspräsident als die einsige Stelle übrig, um Vorstellungen zu erheben, zumal er jetzt auch in Wirklichkeit der insja maßgebende Gelehrer ist.

Die Rede von Bolz machte starken Eindruck und erhielt lebhaften Beifall.

Sachsen gegen die Papenregierung

Dresden, 28. Juni. (Eig. Bericht.) Der sächsische Landtag nahm am Dienstag nach teilweise, sehr stürmischer Aussprache in namentlicher Abstimmung mit 44 Stimmen der Sozialdemokratie und Kommunisten gegen 27 Stimmen der meist bürgerlichen Parteien bei einigen Stimmenthaltungen einen Antrag an, in dem die Regierung beauftragt wird, der Reichsregierung gegenüber das schärfste Mißtrauen des sächsischen Landtags zu bekunden. Die Nationalsozialisten hatten sich vor der Abstimmung entfernt und demaskierten sich damit wieder einmal.

Einmütig angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, bei der Reichsregierung und dem Reichsrat gegen die Notverordnung der Regierung von Papen schärfsten Einspruch zu erheben mit dem besonderen Ziel, die Kürzung der Unterstützungsätze bei der Arbeitslosen- und Krankenfürsorge rückgängig zu machen und alle Maßnahmen, die eine Belastung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden. Dieser soll sich die Regierung mit allen Mitteln einer weiteren Herabsetzung der Fürsorge-Mittel widersetzen.

Je 4 Jahre Zuchthaus für die Sklareks

Das Sklarek-Urteil

Die Republik findet die Schuldigen / Die „System“-Feinde jedoch heucheln

Berlin, 28. Juni. Im Sklarek-Prozess wurde heute das Urteil gefällt. Es wurden verurteilt:

Leo und Willi Sklarek wegen Betrug in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und aktiver Bestechung zu je vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, sechs Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Die beiden Verurteilten wurden sofort in Haft genommen.

Der Angeklagte Lehmann wurde zu einem Jahr, drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Weiter wurden verurteilt:

Fuch zu sechs Monaten Gefängnis,

Schmitt wegen schwerer passiver Bestechung zu vier Monaten Gefängnis,

Sollmann wegen schwerer passiver Bestechung zu drei Monaten Gefängnis,

Kohli wegen schwerer passiver Bestechung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Zugleich wird die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre ausgesprochen;

Sokoloffi wegen schwerer passiver Bestechung und Untreue in zwei Fällen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Weiter wird die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre ausgesprochen;

Gäbel wegen schwerer passiver Bestechung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Ebenfalls wird die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre ausgesprochen;

DeGENER wegen schwerer passiver Bestechung zu sechs Monaten Gefängnis und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf drei Jahre;

Schneider wegen einfacher passiver Bestechung zu vier Monaten Gefängnis und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf drei Jahre;

Ludwig wegen schwerer passiver Bestechung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Landgerichtsdirektor Rehner begründete das Urteil und führte dabei aus:

„Affiniert sind die Brüder Sklarek vorgegangen. Zahlreich haben sie ihr verbrecherisches Werk fortgesetzt, Beamte mit dem Geld bestochen, das sie sich auf unredliche Weise erworben, und alle Genüsse des Lebens haben sie sich verschafft. Mildernde Umstände mußten ihnen versagt werden, weil sie nicht zu finden waren.“

Was die passive Bestechung der einzelnen Beamten anbelangt, so hat das Gericht einzelne Grundzüge aufgestellt, aus denen heraus die Beamten zu verurteilen waren. Es war zu berücksichtigen, daß die Entnahmen der Sklareks für ihren persönlichen Bedarf im Verhältnis zu ihrem enormen ionstigen Verbrauch recht geringfügig waren.

Die Strafe ist unter dem Sachmaß geblieben, weil sie unbefragt sind und ihre Vergehen ihnen immer leicht gemacht wurden.

Die beiden Hauptangeklagten wurden sofort verhaftet.

„Achtzehn Monate dauerte dieser Prozess und fast täglich wurde in allen deutschen Zeitungen über ihn berichtet. Wenn wir uns der Verhandlungstage rückwärtig erinnern, so bleibt vor allem jene Szene in Erinnerung, in der die Verurteilung eines großen sibirischen Pokals an die Brüder Sklarek Gegenstand der Beweisaufnahme war.“

Es war die Zeit, als der Stern der Angeklagten hoch im Zenit stand. Sonntags liefen ihre kostbaren Pferde auf den Rennbahnen. Grafen, Barone und andere „Sachverständige“ gingen auf dem Landbesitz der „königlichen Kaufleute“ ein und aus und genossen den von ihnen gestellten Champagner nebst den dazu gehörigen Weibern in vollen Zügen. Andern Tags sammelte man sich wiederum in den Berliner Luxuskräften oder die illustre Gesellschaft fand sich zum fröhlichen

Horido auf der Jagd zusammen. Was die Pferde an Stegsgeldern heimbrachten, verschenkten die Stallbesitzer wiederum an ihre Freunde.

Gerne liehen sich die Sklarets beim Würfel- und Beschpiel große Summen von diesen notleidenden Herren abnehmen, die nahmen und nahmen und da das Geld schon im alten Rom nicht gestunken hat, so schadet es nichts, wenn auch die Geber Sklarets hießen und Juden waren.

So weit so gut. Wir kennen diese Bilder aus allen Zeiten und aus allen Ländern und nicht zuletzt aus der kaiserlichen Periode der Hohenzollern. Mühen wir an die Skandalaffären unter Wilhelm II. erinnern, an die Brüder Tippelskirch und ihre Heereslieferungen, an die Kolonialtruppen, an den Fall des Oberhofmarschalls der ehemaligen Kaiserin, Graf Kirchbach, der von Juden und Christen Gelber für protestantische Kirchenbauten sammelte, an die Börsengeschäfte des Barons Solstein, an die Steueraffäre Bismarcks, an den Ordensschacher und die Ordensgeschäfte unter Wilhelm II. und anderer deutscher Fürsten.

Im „System“ der Nachkriegszeit ist bis heute kein Schuldiger angeklagt geblieben. So hoch oder so niedrig er auch gefallen haben mag. Die Sklarets haben ihre Beziehungen zu den verschiedensten Männern der verschiedenen Parteien ausgenützt zur Bestechung von Angestellten und Beamten, der Stadt Berlin. Sie haben diesen Vorkriegsvergehen Geschenke aller Art gegeben. Der Dank bestand darin, daß diese politischen und unpolitischen Beamten, Kassierer, Buchhalter, Bürgermeister und Magistratsräte der verschiedensten Parteien Sklarets Vorhubs geleistet haben in der Frisierung von Bilanzen, in der Fällung von Konten und Bescheiden und in der Lieferung von Waren. Daran haben diese Beamten wiederum verdient und haben auf Grund dessen wiederum höhere Ausgaben gemacht, die die Sklarets bezahlt und wofür sie wiederum sich an den Geldern der Stadt Berlin schadhaft hielten. Um rund 15 Millionen Mark ist die Reichshauptstadt und sind die Steuerzahler betrogen worden.

Den Oberbürgermeister Böß hat es seine Stellung gekostet, weil er für keine genügende Kontrolle in den ihm unterstehenden Ämtern gesorgt hatte. Anderen hohen Verantwortlichen hat die Korruption das Leben gekostet. Gestorben sind die heutigen Verurteilten.

Prüft man das Urteil, gegen das es keine Berufung gibt, so fällt es auf durch seine Härte und seine Milde. Wir sind die Letzten, die irgend einen Gauner und Betrüger am öffentlichen Gut milde Richter wünschen. Wenn aber die Sklarets mit Recht zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind, und schuldige städtische Angestellte zu gleicher Zeit mit wenigen Monaten Gefängnis wegkommen, so finden wir dies nicht richtig. Erst der Amtsmissbrauch dieser Beamten hat den Sklarets das Eindringen in die städtische Verwaltung und in die städtischen Kassen ermöglicht und — ohne die korrupten Beamten kein Fall Sklarets.

Wenn wir dies betonen, so deshalb, weil dieses Urteil Bind in die Segel jener liefert, die zum Unrecht den Fall Sklarets zu einem Fall des „Systems“ jahrelang ausgebeutet haben. Die Gegner der Republik und der demokratischen Verwaltung betreiben mit dem Fall Sklarets eine widerliche und verlogene politische Heße, die durch die Milde gegenüber den schuldigen Beamten neue Nahrung haben wird.

„Hindenburg, der Kandidat der Sklarets“, so war es in Wort und Bild während der Präsidentschaftswahl hingestellt worden, und dieses Urteil wird in seiner Unterschiedlichkeit der Behandlung der Schuldigen nicht geeignet sein, den Fall Sklarets auf das Maß zurückzuführen, das er in den Augen jedes anständigen und ehrlichen Gegners haben müßte, einer jener korrupten Fälle zu sein, die sich immer neu und in allen Ländern wiederholen müssen, solange das kapitalistische System besteht.

Wir sehen solche Fälle heute in Frankreich beim Fall Dufric, in Nordamerika im Falle des eben angeklagten Oberbürgermeisters Walker von Newport, wir sehen es in England, bei „hochbedienten Lords“, im Fall Krewger, und wir sehen es und sehen es in diesen Tagen in immer neuer Wiederholung in Deutschland. Da ist der Javag-Prozess. Alles gute „nationale“ Männer und Direktoren, die eine der größten und ältesten Versicherungsgesellschaften Europas bis zum Weißbluten ausgelogen und ausgeplündert hat. Wir sehen es im Falle Lahusen, der die eigentliche Ursache des Bankrotts vom Juli 1931 gewesen ist an dem Tage Hunderte von Millionen in Form von Stützungsforderungen gelöst hat. Lahusen, die Verführer und Unterstücker Hitters, wir sehen es vor allem auch im Dewaheim-Prozess, in dem sich ausschließlich nationale und nationalistische Männer von echtem Schrot und Korn zu verantworten haben, die Tausende von armen evangelischen Sparern um ihr Geld betrogen.

Was übrig bleibt, ist, daß das heutige „System“ die Verantwortlichen zu finden und zu treffen weiß und daß dieser Prozess ein Reinigungsbad war für die Reichshauptstadt. Was aber politisch ebenfalls bleiben wird, das ist die abgrundtiefe Verlogenheit und Heuchelei unserer Gegner und vor allem der Nazis, die ihren Schild vor ihrem im Landtag enthielten „Parteiengenossen“ freisler stellen, vor einem Röhm, vor die Fremdenröder und vor alle jene unfauberen Elemente, die reif wären, aus dem öffentlichen Leben zu verschwinden, aber gehalten werden und die hohe führende Stellen des Braunen Hauses besetzen können, weil sie es verstehen, gegen das „System“ zu schimpfen und zum Bürgerkrieg aufzureizen.

Moskau, 28. Juni. In einem Prozess gegen 23 Angehörige der Moskauer staatlichen Kleinhandelsgehilfen wurden fünf Angeklagte zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Friedrichshafen, 28. Juni. Das Luftschiff Graf Zeppelin ist heute zu einer der üblichen Schweizer Tagesfahrten aufgeklügelt. Diese Fahrt ist die 250. Fahrt des Luftschiffes Graf Zeppelin. Die erste Fahrt fand am 18. September 1928 statt.

Lausanner Stillstand

Kein Näherkommen zu verzeichnen

Lausanne, 28. Juni. Ueber den Verlauf der heutigen Lausanner Besprechungen, die vormittags 1 1/2 Stunden und nachmittags 3 1/2 Stunden dauerten, erfahren wir folgendes:

Das französische Verlangen nach einer Restzahlung und das hier und neue bearbeitete deutsche Verlangen nach einer bestimmten Annulierung der Reparationen standen sich unversöhnt gegenüber.

Morgen früh treffen die Wirtschafts- und Finanzminister Deutschlands und Frankreichs zusammen, um in dieser Richtung sich weiter auseinanderzusetzen. Die vorangehende öffentliche Sitzung der beiden Delegationen, in der von französischer Seite auf die gestrigen Ausführungen des Kanzlers und des Reichsfinanzministers geantwortet werden sollte, fällt dagegen aus.

Morgen nachmittags fünf Uhr findet dann eine Sitzung der sechs einladenden Mächte statt.

Erste Differenzpunkte zwischen Herriot und Papen

W.B. meldet aus Lausanne unterm 28. Juni: Von französischer Seite wird über den Eindruck der heutigen deutsch-französischen Verhandlungen erklärt, daß die Stimmung gedrückt und ernst sei. Der Stand der Dinge werde als ein Rückschlag empfunden, auch bei Macdonald, der sich wirklich um eine Hilfeleistung bemühe. Es seien sehr schwierige Besprechungen, die sich auch auf politische Fragen erstreckten hätten. Der Reichsfinanzminister habe offenbar von Berlin ein imperatives Mandat mitgebracht. Seine Vorschläge seien ungenügend. Frankreich sei verständnisvoll und verständnisbereit nach Lausanne gekommen und sei auch bereit, seine Gedankenäußerungen aufzugeben, wolle aber den Rechtstitel behalten, um ihn zu gegebener Zeit zu gebrauchen. Es wäre bereit, diese gebliebenen Ansprüche einzutauschen gegen ökonomische Vorteile oder eine Vergrößerung der französischen Sicherheit, die das Volk verlange.

Gegenüber diesem französischen Verlangen, die Verantwortung für das etwaige Scheitern der Konferenz auf Deutschland zu schieben, wird in Kreisen der deutschen Delegation darauf hingewiesen, daß

die deutsche Stellungnahme zur Frage der Streichung der Reparationen durchaus mit den Ansichten der italienischen und englischen Regierungen übereinstimmt. Die Reichsregierung hat neben ihrer Erklärung zur Begründung der Forderung auf Streichung der Reparationen einen politischen Plan entwickelt, in dem im Rahmen des großen Wiederaufbaus Deutschland sich bereit erklärt, aktiv mitzuwirken und auch die französische Delegation aufzufordern, ihrerseits dazu Stellung zu nehmen. Eine diesbezügliche Erklärung von französischer Seite ist bisher nicht erfolgt.

W.B. Paris, 28. Juni. Der Haasagentur wird aus Lausanne u. a. gemeldet, die dritte Zusammenkunft der französischen und der deutschen Delegation habe nicht die Ergebnisse gebracht, die die Besprechungen vom Freitag voriger Woche erwarten ließen.

Die Sonderberichterstatter der französischen Presse beschäftigen im großen und ganzen die Ausführungen der Haasagentur. Der Außenpolitiker des Matin schreibt: Alles in allem muß man von einem schlechten Tag, einem einseitigen Stillstand aller Hoffnungen sprechen, die man auf eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich haben lassen können.

Paris, 28. Juni. (S.R.) Die Haltung Herriots in Lausanne hat bei einem großen Teil der radikalen Kammerfraktion starke Bestürzung hervorgerufen, weil sie nicht dem Programm der Radikalen Partei in der Reparationsfrage entspricht. Infolgedessen ist am Dienstag in der Kammer unter Führung einiger dem linken Flügel der Partei angehörenden Radikalen eine kleine Kalajrevoluntion gegen Herriot ausgebrochen, die zu einer entscheidenden Wendung auf der Lausanner Konferenz und zu innerpolitischen Schwierigkeiten Anlaß geben kann.

W.B. Lausanne, 28. Juni. Die Meldung des diplomatischen Berichterstatters des Daily Express, wonach Reichsfinanzminister Papen den Wunsch habe, eine Verständigung mit Polen auf der Grundlage einer Internationalisierung des polnischen Korridors herbeizuführen, ist vollkommen richtig. Von maßgebender Seite der deutschen Delegation wird mitgeteilt, daß die Einstellung der Regierung Papen zu den Ostproblemen sich vollkommen mit dem Standpunkt deckt, den alle deutschen Regierungen bisher eingenommen haben.

Achtung, Berlin! Achtung!

Das Reich und die süddeutschen Länder

Von Staatsanwalt Dr. Wilhelm Hoegner, München, N. d. R.

Der Streit zwischen dem Reich und den süddeutschen Ländern hat eine rechtliche und politische Seite. Gegenstand des Streites sind die Maßnahmen der Länder, die von ihnen zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erlassen sind. Die Berechtigung der Länder zur Verlebung solcher Maßnahmen steht außer Zweifel. In der Weimarer Verfassung ist die sogenannte Polizeisouveränität der Länder im Grundgesetz aufrechterhalten worden. Nur soweit ein Bedürfnis für den Erlass einzelstaatlicher Vorschriften besteht, hat das Reich nach Artikel 9 A. V. die Gesetzgebung über den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Daneben besteht das Recht des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der A. V. bei erheblicher Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in irgend einem Teile des Reichs, die zu ihrer Wiederherstellung nötigen Maßnahmen zu treffen. Selbstverständlich ist in Artikel 9 A. V. ein allgemeines Bedürfnis, nicht das Bedürfnis einer einzelnen politischen Partei gemeint. Selbstverständlich muß es sich in den Fällen der Artikel 9, 48 A. V. um Maßnahmen handeln, die wirklich dem Schutze und der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, nicht ihrer Vereitelung dienen. Durch die Aufhebung des Reichsuniformverbotss hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie ein Bedürfnis, die Uniformfrage von Reichs wegen zu regeln, nicht mehr anerkennt. Damit ist den Ländern die Möglichkeit eröffnet, auf diesem Gebiet wieder Maßnahmen auf Grund des Landesrechts zu treffen. Die Rechtslage ist wieder so, wie sie vor dem Erlass des Reichsuniformverbotes gewesen war.

Man glaubt nun die Länder durch eine Reichsverordnung nach Artikel 48 der A. V. zwingen zu können, ihre in eigener Zuständigkeit erlassenen Uniformverbote wieder aufzuheben. Die Anwendung solchen Zwanges wäre rechtlich und politisch außerordentlich bedenklich. Der Reichspräsident kann nach Artikel 48 der A. V. nur Maßnahmen treffen, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötig sind. Die Länder haben ihrerseits auf Grund des Landesrechts solche Maßnahmen bereits ergriffen. Sie haben in der Erlaubnis-, Parteiumformen zu tragen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gesehen und deshalb das Uniformverbot verboten. Das Eingreifen des Reichspräsidenten gegen die Länder auf Grund des Artikels 48 A. V. würde also die Behauptung und Annahme voraussetzen, daß gerade durch die Maßnahmen der Länder, die zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erlassen sind, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet würde. Eine solche Annahme wäre nicht nur eine Verleumdung der betreffenden Landesregierungen, sondern sie wäre auch rechtlich und tatsächlich nicht zu rechtfertigen. Die Ereignisse der letzten Woche haben gezeigt, daß in den Ländern, in denen das Uniformverbot bestehen blieb, die Verträge gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung geringer und weniger gefährlich gewesen sind, als in jenen Ländern, in denen die politischen Gegner einander in Uniform erblühten.

Dem Vernehmen nach hat auch die Reichsregierung ihre Forderung an die Länder, die Uniformverbote aufzuheben, zuletzt gar nicht mehr aus rechtlichen, sondern aus politischen Gründen gestellt. Auf politischem Gebiet aber besteht für die Länder nach der Weimarer Verfassung volle Meinungsfreiheit. Den Ländern ihre eigene politische Meinung mit Mitteln des Rechtes auszusprechen zu wollen, wäre ein Mißbrauch des Rechtes. Sicherlich muss eine einheitliche politische Linie in Reich und Ländern für eine Reichsregierung ein erwünschtes politisches Ziel sein, aber ein Recht darauf hat sie nicht. Am allerwenigsten sollte sie für einen rein politischen Zweck Mittel ins Feld führen, die in seinem Verhältnis stehen zu dem erstrebten Erfolg.

Die Uniformverbote in Bayern und Baden gelten allgemein, trotzdem sich die republikanischen Organisationen immer dagegen gestäubt haben, mit Ausnahme der in einen Löffel gemornt zu werden. Man hat aber, um auch nur den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, den republikanischen Organisationen Unrecht getan. Der forschende Ton, der jetzt vor allem in Berlin gegen die süddeutschen Länder angeschlagen wird, erklärt sich hoffentlich nicht dadurch, daß seit 1918 die Süddeutschen in einem Reichslager zunehmend am schwächsten vertreten sind. Wir Bayern vertrauen diesen Ton am allerwenigsten, er bringt uns das Blut zur Gabelspitze und erzielt das Gegenteil von dem, was beabsichtigt ist. Wir sind keine Pollarden, die jemals einem gnädigen Herrn die Hände gefaltet haben. Wir sind freie Untertanen irgend einer Reichsregierung, wir sind als freie Bundesgenossen zum Reiche gekommen und brauchen uns nicht den Berliner Ton gefallen zu lassen. Deshalb verlangen wir, daß der Streit zwischen Reich und Ländern auf dem Boden des Rechtes und der gegenseitigen Achtung ausgetragen wird.

Die bayerische Sozialdemokratie hat es nicht nötig, sich in dem gegenwärtigen Streit zwischen Reich und Ländern auf ihre Reichstreue zu berufen. Wir brauchen nicht unzufolieren. Wir stehen da, wo wir im Jahre 1923 gestanden sind. Damals haben wir in Bayern die Weimarer Verfassung gegen eine mißleitete bayerische Regierung verteidigt. Unsere erbittertesten Gegner, die sich damals als weisshäutige Föderalisten aufstellten, weil sie Bayern als Aufmarschgelände gegen Berlin benötigen wollten, sind die gleichen Brüder, die heute nach der Reichserklärung gegen Bayern rufen. Wenn und solange eine bayerische Regierung heute die Grundrechte der Deutschen nach der Weimarer Verfassung gegen eine „nationale Diktatur“ dieser Herren schützt und sich gegen jede rechtswidrige Verengung wehrt, wird sie die bayerische Sozialdemokratie an ihrer Seite haben.

Anpassung ausländischer privater Forderungen

W.B. meldet: In der ausländischen Presse wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß in den deutschen Vorschlägen auf der Lausanner Konferenz auch die Anpassung der ausländischen privaten Forderungen an die ankommenden Warenpreise enthalten sei, mit anderen Worten, daß Deutschland Abzüge vom Kapital fordere.

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, ist diese Behauptung unzutreffend, womit alle Folgerungen entfallen, die an diese Nachricht geknüpft wurden.

Dagegen trifft es zu, daß in Besprechungen zwischen den deutschen Schuldner und den ausländischen Gläubigern das Verlangen nach Herabsetzung der Schulden erhoben wird, eine Forderung, die übrigens schon in der Zeit der Kaiserlichen Sachverständigenberatungen laut wurde.

Kundgebung gegen Versailler Diktat

W.B. Berlin, 28. Juni. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstaltete heute zum 13. Jahrestag der

Unterzeichnung des Versailler Diktats im Plenarsitzungsaal des Reichstages eine Kundgebung. Unter den zahlreichen Ehrengästen bemerkte man u. a. Reichsfinanzminister Freyberg von Gans und Staatssekretär Dr. Ziegenfuss. Der geschäftsführende Vizepräsident des Arbeitsausschusses deutscher Verbände, Dr. Hans Draeger, betonte in seiner Ansprache, es könne heute und in der Zukunft keine deutsche Außenpolitik geben, deren Ziel nicht die Befreiung des Versailler Diktats sei. Der politische Kampf gegen die Kriegsschuldfrage müsse auf der allgemeinen Grundlage der Gesamtrevision ausgetragen werden. Die französische These von der Heiligkeit der Verträge sei kein Argument gegen die Revision.

Polen droht mit Repressalien

Warschau, 28. Juni. (Eig. Draht.) Zu dem Beschluß des Preussischen Landtags gegen die Diktanden erklärt am Dienstag eine halbamtlich informierte Warschauer Korrespondenz, die polnische Regierung werde selbstverständlich die Rechte ihrer in Deutschland wohnenden Staatsbürger schützen. Sie werde gegebenenfalls auch vor Repressalien gegen die in Polen wohnenden Reichsdeutschen nicht zurückweichen.

Die Barone stellen die Länder unter Reichspolizeiaufsicht

Der Inhalt der neuen Notverordnung

BRN, Berlin, 29. Juni. Einige Blätter — so die MZ und die Volkische Zeitung — berichten bereits Einzelheiten über den Inhalt der neuen Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, die heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden soll.

§ 1 ermächtigt die Landesregierungen, politische Umzüge und Versammlungen dann zu verbieten, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Das gilt aber nur für besonders abgegrenzte Ortsteile und in besonderen Einzelfällen. Dadurch werden die weitergehenden Verbote allgemeiner Natur außer Kraft gesetzt. Dasselbe gilt für das Uniformwesen.

Nur bei akuter Gefahr im Einzelfalle können die Länderpolizeibehörden Uniformverbote ausprechen. Die allgemeinen Uniformverbote werden außer Kraft gesetzt. Der Reichsinnenminister ist ermächtigt, eine neu erlassene allgemeine Verbote aufzuheben.

§ 2 ermächtigt den Reichsinnenminister für das ganze Reich und auch für einzelne Teile Verfassungen und Uniformverbote auszusprechen, sowie die erforderlichen Strafen zu verhängen.

§ 3 gestattet die polizeiliche Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten und Flugdrucken, in denen zu Gewalttätigkeiten aufgerufen wird.

Die Verordnung, die der Reichsinnenminister außerdem zur Regelung des Demonstrationswesens erlassen hat, stützt sich auf § 4 Abs. 2 der Notverordnung vom 14. Juni, wodurch der Reichsinnenminister beauftragt worden war, eine Anmeldepflicht für Demonstrationen anzuordnen. Die Pflicht wird nunmehr allgemein ausgesprochen, und zwar für das ganze Reich. Alle öffentlichen politischen Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel müssen spätestens 2 Tage vorher angemeldet werden. Solche Demonstrationen können im Einzelfalle verboten werden, wenn Gefahr besteht. Statt eines Verbotes können solche Veranstaltungen auch mit ganz bestimmten Auflagen bedacht werden.

Falls die oben mitgeteilten Blättermeldungen den Inhalt der im Verlaufe des heutigen Tages zu veröffentlichen Notverordnungen richtig wiedergeben sollten, so muß gesagt werden, daß die neueste Regierung der Barone als ein bürokratisches Produkt angesehen werden muß, das einen kraß reaktionären Charakter hat. Die Länderregierungen, die pflichtgemäß bisher handelten und auch weiter so zu handeln gewillt waren, werden unter eine kaum erträgliche Reichspolizeiaufsicht gestellt, die besonders in Süddeutschland die Stimmung gegen Berlin im ungünstigsten Sinne beeinflussen muß. Die Regierung der Barone scheint in einer solchen gefährlichen und vom staatsautoritären Standpunkt aus diametral Abhängigkeit von erzkonservativen Kräften und Gebilden sich zu befinden, daß sie zu den politisch bedenklichsten und in ihrer Wirkung auch gemeinschaftlichsten Maßregeln greift. Die einzelnen Bestimmungen, der neuen Notverordnung werden eine solche Kette fortlaufender Mißgriffe und Erbitterungen schaffen, daß schon dadurch zu allem vorhandenen innerpolitischen Schaden, den die Papenregierung bisher angerichtet hat, neuer und schwerer Schaden hinzukommt. Der Geist des rückständigsten Mittelalters herrscht heute in der Wilhelmstraße in Berlin, von wo aus man offenbar Deutschland wie einen hinterpommerschen Gutshof zu regieren und zu beherrschen versucht. Diese Auffassung scheint auch der württembergische Staatspräsident Dr. Holz gewonnen zu haben, wie seine an anderer Stelle wiedergegebene Rede gestern im württembergischen Landtage beweist. Wir scheinen in Deutschland wieder einmal „herrlichen Zeiten“ entgegenzugehen, diesmal unter der glorieichen Führung preußischer Barone.

Der rasende Wahnsinn

Duisburg, 29. Juni. Die Polizei mußte Dienstagabend gegen mehrere Dutzend Kohlenkühler vorgehen, die von den Befehlshabern der Schachtanlage 4/5 der Vereinigten Stahlwerke in Weidlich Kohlen wegschleppen versuchten. Das Ueberfallkommando wurde aus dem Hinterhalt beschossen und mußte das Feuer erwidern. Es wurden 50 Personen festgenommen. Ob sich unter den Dieben auch Verwundete befinden, konnte noch nicht festgestellt werden.

Stahlfurt, 28. Juni. Bei der Beerdigung eines Kommunisten, der am Freitag vergangenener Woche von Nationalsozialisten in der Notwehr erschossen worden war, kam es, als nach Schluß der Feier die Polizei einen Demonstrationszug auflösen wollte, zu schweren Zusammenstößen. Die Beamten wurden von der Menge bedroht, so daß sie von der Schusswaffe Gebrauch machen mußten. Drei Kommunisten wurden getötet, sieben schwer und mehrere leicht verletzt.

Berlin, 28. Juni. Nach Schluß einer Kundgebung der Studenten im Lustgarten gegen das Verbot der MZ kam es heute in Friedrichstadt zu Zusammenstößen, wobei die Polizei mit Gummiknüppeln Gebrauch machen mußte. Ein Polizeibeamter wurde durch Stockschläge verletzt. Große Polizeieinheiten säuberten dann die ganze Friedrichstadt.

Leipzig, 28. Juni. Bei Unruhen in Leipzig ist die Polizei beim Zerstreuen der Ansammlungen von Demonstranten beschossen worden; sie mußte hierauf auch die Schusswaffe anwenden. Ein 55jähriger Invalid wurde in die Lunge getroffen; auf dem Transport ins Krankenhaus ist er gestorben. Insgesamt wurden 25 Personen in Haft genommen.

Gräßlicher Schwindler

In der Prager Straße im Westen Berlins gelang es durch einen sonderbaren Zufall, einen von der Kriminalpolizei gesuchten Schwindler, den 57 Jahre alten Grafen Schmettow zu verhaften. Schmettows Trieb bestand darin, daß er sich, mit seinem hoch klingenden Titel bewaffnet, zu Intellektoren, Förstern und anderen Gutsangehörigen begab, denen er stets das gleiche romantische Märchen aufzählte. Er erzählte ihnen, daß er sich mit der Tochter eines reichen Bankiers verlobt habe. Die Witwit sei ihm von seinem Schwiegervater bereits ausbezahlt worden. Er habe sich nun ein Gut gekauft, für das er, da er es nicht allein bewirtschaften könne, vertrauenswürdige Helfer suche. Diese müßten allerdings 500 Mark als Kaution stellen. Schmettow gelang es auf diese Weise, sich 3000 Mark zu ergaunern. Als Anzeige gegen ihn erstattet wurde, wurde Schmettow von einem Altpolizisten während von der Staatsanwaltschaft III vernommen. Später, als man ihn in Haft nehmen wollte, verhaftete Schmettow. Jetzt traf der Altpolizist den Schwindler zufällig auf der Straße wieder. Als Behördlich feststellen wollte, entriß sich der Schwindler und lief davon. Der Altpolizist legte ihm nach und konnte ihn mit Hilfe eines Schutzeinsatzes festnehmen.

Freistaat Baden

Badens Kriegsoffer tagen

Scharfer Protest gegen die Papen-Notverordnung

Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, aus dem Lande Baden nahmen am 25. und 26. Juni auf einer Tagung in Karlsruhe Stellung zur Verjüngung und Fürsorge der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Im Vordergrund stand ein Referat über Sozialpolitik, in dem alle zur Zeit besonders dringlichen und brennenden Fragen der Verjüngung und Fürsorge in Verbindung mit den ergangenen Notverordnungen behandelt und angesprochen wurden. Insbesondere wurde in voller Einmütigkeit von den Vertretern des Landes nachdrücklich protestiert gegen die durch die 5. Notverordnung herbeigeführten ungeheuerlichen Härten, die durch wesentliche Verschlechterung des Versorgungsrechts für die Opfer des Krieges entstanden sind. Des weiteren wurde eine wesentliche Verschlechterung der Fürsorge festgestellt, die von den beteiligten Bezirksfürsorgeverbänden mit Mangel an Mitteln entschuldigt wird. Hier wurde von der Tagung gefordert, daß der Landesanteil für die gebotene Fürsorge eine Ergänzung erfährt, daß die Bezirksfürsorgeverbände nicht entsprechend der Kürzung des Landesanteils auch noch von sich Kürzungen vornehmen, daß die Härten nicht dauernd eine Herabsetzung erfahren und daß das Mitbestimmungsrecht der Fürsorgeberechtigten nach

den und auch ein Ausgleich durch Fürsorgemaßnahmen nicht erfolgt oder unmöglich ist.

Der Landesvorstand verlangt von den zuständigen Stellen sofortige Ausbesserung dieser die Verjüngung weit über das Ziel hinauschiebenden verschlechternden und die Notlage der Kriegsoffer unendlich verzehrenden aramen Bestimmungen der 5. Notverordnung, weil sie den verdienstvollen Dank des Vaterlandes ins Gegenteil verwandeln und mit dem sozialen Empfinden und dem Rechtsgefühl unvereinbar sind.

Evangelische Kirche als Faschistenkirche?

Vom Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten wird uns geschrieben:

„Religion ist Preisgabe“, d. h. vom Standpunkt der Allgemeinheit, des Staates aus. Es darf keine unter den bestehenden Religionsgesellschaften oder sich bildenden Gemeinschaften zur Pflege einer besonderen Weltanschauung vom Staate privilegiert werden, da jede Bevorzugung der einen eine Zurücksetzung der anderen bedeutet, alle Staatsbürger aber ohne Ausnahme gleiches Recht zu beanspruchen haben. Das ist unaufgebare sozialistische Forderung.

Wenn die religiösen Sozialisten innerhalb der evangelischen Landeskirchen darum kämpfen, daß sie von sich aus freiwillig auf alle staatlichen Privilegien verzichten und die finanzielle Bindung an den Staat lösen, was gewiß würdiger ist als zu warten, bis die unausweichliche Entwicklung diese Reste der „christlich-feudalistischen Zeit hinwegräumt, so tun sie es darum, weil sie überzeugt sind, daß Karl Marx vollkommen klar und richtig gesehen hat, daß nicht „der christlich-germanische Staat“, sondern der Staat, der nach dem Bekenntnis seiner Staatsangehörigen nicht fragt, der seinem Wesen nach vollendete christliche Staat ist; tun es darum, weil nur als freie Volkskirche, frei von den goldenen Ketten des Staates, die evangelische Kirche ihre eigentliche Aufgabe erfüllen kann, das Gewissen der Gesellschaft zu sein. Von einer Kirche, die in anderen Dingen ihre Aufgabe erfüllt, etwa in der religiösen Verkörperung der bestehenden Klassengesellschaft und in der moralischen Rechtfertigung der Regierenden und Machthaber wollen die religiösen Sozialisten nichts wissen.

Aber eben diese Rolle soll der Kirche wieder ausgemungen werden, nachdem wir glücklich gerade so weit waren, daß dieses uneliasche Bündnis von Thron und Altar — für beide unglücklich — etwas gelockert worden war. Die Regierung Papen hat es mit bürren Worten angeknüpft: Man werde der Kirche geben, was ihr zukommt, aber dafür müsse sie auch dem Staat den von ihr ermarkteten Gegenstand leisten. Die Kirche der Mittel des Staates. Die evangelischen Landeskirchen, die Zutreiber der Faschisten. Schon ist solchen Worten die Tat gefolgt. Was hindert es, wenn erst einmal der Faschismus in Staat und Kirche gelöst hat, daß die beiden sich darüber einig werden, daß hinfort eine besondere Kirchensteuer nicht mehr erhoben wird, sondern einfach aus den Staatssteuern den Kirchen soviel zugewiesen wird, als sie brauchen.

Sozialisten, macht die Pläne der Nationalsozialisten, durch bewaffnete Macht, durch Pressehefeln, durch Schule und Kirche das Volk zu knechten, zunichte!

Nehmt die Kirchenwahl der badischen Landeskirche am 10. Juli so ernst, wie sie ist! Erfüllt, soweit ihr der Kirche angehört eure Pflicht und gebt nicht nur selbst zur Kirchenwahl, sondern werbt unter der wertvollsten Bevölkerung und unter den Kirchengenossen für den Bund der religiösen Sozialisten!

Einer großen Zahl von Genossen hat man das Stimmrecht entzogen, weil sie veräußert haben, rechtzeitig gegen die ihnen auferlegte Kirchensteuer zu reklamieren. Macht den Ausschall weit durch umso intensiver Wahlbeteiligung und Verbuna! Schlagt den sich erhebenden Faschismus in der Kirche!

Morddrohung gegen Prof. Gumbel

Unter Mannheimer Parteiblatt berichtet:

„Die Heke der Nationalsozialisten hat ihren Höhepunkt erreicht! Offen wird — so steht es Schwarz auf Weiß geschrieben in der Nazi-Tageszeitung Das Hakenkreuzbanner — zum Mord an Prof. Dr. Gumbel aufgefodert. Die Nazi-Tageszeitung bringt am Samstag einen Bericht über die Hekeversammlung in Heidelberg, in der die Entfremdung von Prof. Gumbel von der Universität gefordert wurde. Es heißt da in der wörtlich wiedergegebenen Rede des Karlsruher Reichstagsabgeordneten Kapp:

„Wie auch Senat und Fakultät entscheiden mögen, wir werden nachholen, falls sie etwas versäumen sollten. . . Mit Leuten wie Gumbel werden wir ein für allemal Schluss machen. Sorgen Sie dafür, daß am 31. Juli der Grundstein gelegt wird für den deutschen Staat, in dem Gumbel und Konjorten unmöglich sind. Geht es das, dann kann Gumbel am ersten oder zweiten August hängen werden. Auf sein Grab wird man dann nicht drei Blüten pflanzen, sondern drei Kohlräben.“

Zu diesem vertierten Untermenschen braucht man wahrlich nichts mehr hinzuzufügen, es richtet sich durch sich selbst! Es ist aber kein Zweifel, daß die Herren Nazis erst wieder durch das Verhalten der Reichsregierung zu so offener Morddrohung sich bestärkt fühlen. Die Reichsregierung trägt damit die Verantwortung für die gesteigerte Blutbete. Den Staatsorganen ermächtigt damit um so mehr die Pflicht, mit allen Mitteln für den Schutz des Lebens der so Bedrohten zu sorgen, zugleich aber den Hehern das Maul zu knöpfen.

In der Verammlung wurde übrigens bekannt, daß der Denunziator, der aus der geschlossenen Verammlung der Sozialistischen Studentengruppe jene verdröhten Worte herausgebracht hat, die nun zu einer neuen Heke gegen Gumbel Stoff bieten sollen — der Publizist und Medizinalstudent Karl Dörr ist, derselbe Student, der als einer der Anführer für die beschämenden Tumulte in der Heidelberger Universität am 21. Januar 1931 geht. Dörr hatte seinerzeit eine Geldstrafe von 50 Mark wegen Nötigung erhalten, er hatte mit anderen Regeln sozialistische Studenten angemeldet und bedroht.“

Partei-Nachrichten

Gruppe Pforzheim: Für die ebenfalls am kommenden Sonntag, den 3. Juli, stattfindende Mitgliederversammlung ist als Tagungsort Pforzheim gewählt worden, wo die Konferenz mittags 2 Uhr in der „Klostermühle“ beginnt. Zahlreicher Besuch von sämtlichen Mitgliedern des Amtsbezirks Pforzheim wird erwartet.

Heidelberg. Am kommenden Samstag, den 2. Juli, spricht abends 8 Uhr im Rathausaal Gen. Dr. Weismann in einer Verammlung von Mitgliedern und Gefinnungsfreunden unserer Partei über: „Wesen und Ziele des freiwilligen Arbeitsdienstes“. Bei dem großen Interesse, das diesem Zweig unseres Wirtschaftslebens entgegengebracht wird, erwarten wir einen Besuch.

Wer regiert in Deutschland?

Adolf Hitlers Papenheimer!

Der S.A.-Mann darf nicht diskutieren!

In einem Geheimzirkular schrieb der Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels „Zur vertraulichen Kenntnisnahme an alle Parteistellen“:

„Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben, um jeden derartigen Versuch unserer Gegner von vornherein die Spitze abzubrechen.“

Die Nazi fürchten die Taten ihrer Papenheimer

- Was war ihre erste Tat: Kürzung der Arbeitslosenunterstützung.
- Was war ihre zweite Tat? Raub an den Kriegsoffizieren und Kriegerwitwen.
- Was war ihre dritte Tat? Durch die Salzsteuer wird das Salz für die Hungerjuppe der Arbeitslosen um 100 Prozent erhöht.
- Was war ihre vierte Tat? Selbst der kleinste Geschäftsmann muß nunmehr wieder Umsatzsteuer zahlen.
- Was war ihre fünfte Tat: Der Großindustrielle Friedrich Flick wird mit einer Unterstützung von 100 Millionen Mark in die Riffe der Wohlfahrtsempfänger eingereiht.

Das Kabinett der Papenheimer lebt nur durch die Unterstützung der Nationalsozialisten!

- Was unterhandelte Hitler mit dem Innenminister v. Gapp? Warum verhinderten die Nazis im Preussischen Landtag ein Mißtrauensvotum gegen die Papenheimer? Warum ruft Gregor Ströher den Ueberwachungsanspruch des Reichstags nicht ein? Weil die Nazis mit ihren Hitlerbaronen auf Geheiß und Verderben verbunden sind!

wie vor in vollem Umfange gesichert bleibt. Besonders scharf kritisiert er auch die durch die 5. Notverordnung eingeführte Gebührensprengung im Spruchverfahren, was eine Durchbrechung des bisherigen Rechts hinsichtlich der Gebühren im Verjüngungsverfahren bedeutet.

Des weiteren befaßte sich die Tagung mit dem Lichtbilddienst der Organisation und mit anderen bedeutsamen Fragen. Es konnte hier festgestellt werden, daß der Gau Baden des Reichsbundes nach wie vor die größte Organisation der Opfer des Krieges ist und trotz der Unbilden der Zeiten erfreulicherweise recht gestärkt ist. Es wurde beschlossen, gegen die verjüngungsrechtlichen Verschlechterungen in der 5. Notverordnung durch Telegramm an den Reichspräsidenten, Reichsminister, Reichsfinanzminister und Reichsarbeitsminister zu protestieren. Zu dieser Frage fand auch nachstehende Entschließung einstimmig Annahme.

„Der am 25. und 26. Juni in Karlsruhe versammelte Landesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Gau Baden erhebt für seine mehr als 30 000 Mitglieder und 15 000 Kriegerwitwen scharfen Protest gegen die ungeheuerlichen verjüngungsrechtlichen Verschlechterungen der 5. Notverordnung vom 14. Juni 1932. Die Einstellung der Kinderzulage bei Beschädigten läßt bei den um 30 und 40 v. S. in der Erwerbsfähigkeit geminderten Kriegsbeschädigten in Höhe von 20 v. S., der Wegfall der Baileuerzulage vom 15. Lebensjahre ab, die Einführung der Gebührensprengung im Spruchverfahren und sonstige Verschlechterungen des Versorgungsrechts treffen einen so großen Kreis von Versorgungsberechtigten und sind von demart tief einschneidendem gesundheitlichen und sozialökonomischen Charakter. Die Härten der Kriegsoffizieren und Kriegerhinterbliebenen werden unerbittlich verschärft. Die Auswirkungen sind umso furchtbarer, weil die meisten Kriegsoffer daneben für ihre Leistungen noch von dem Entzug oder der Herabsetzung der Invalidenrenten betroffen wer-



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

28. Juni.
1798* Erzähler Willibald Alexis — 1798* Ital. Dichter Giac. Leopardi — 1831 † Staatsmann R. v. und zu Stein — 1895 † Enal. Naturforscher Th. S. Huxley — 1910 † Christiane Hebbel — 1923 † Schriftsteller Fritz Mauthner — 1930: Sozialdemokratische Reichsbildungsconferenz in Nürnberg.

Unhaltbare Zustände im Straßenbahnverkehr

Wir hatten in unserer Freitagnummer die Mißstände kritisiert, wie sie sich bei der Straßenbahn seit der Einstellung der Knie-Linien herausgestellt haben. Zu dieser Frage wird uns verschiedenerseits geschrieben, daß unsere Kritik vollumfänglich war. Wenn die Straßenbahn so weiter mache, ohne Rücksichtnahme auf das Verkehrsbedürfnis des Publikums, so dürfte sich die Stadtverwaltung nicht verwundern, wenn immer mehr Fahrgäste von der Straßenbahn abwandern. Schließlich wolle man doch fahren und kein Wertesgeld bezahlen. Bona Marten komme man nicht schneller an Ziel und Ort. So schrieb ein in der Kaiserstraße wohnender Einfinger an uns.

Ein anderer Abonnent unseres Blattes schreibt u. a.: Die Straßenbahn laßt, das hat man an der Einstellung der 2er Linie noch Antelungen gesehen. Alle Hochachtung vor einem Fahrplanorganisator, der Geld zu sparen versteht, ohne daß der Verkehr darunter leidet. Aber wie sieht es hier bei der Karlsruher Straßenbahn aus? Während man die 2er Linie einstellt und wegen der dadurch entstandenen Lücke im Straßenbahnverkehr das Publikum mit Recht schimpft, scheint die Sparpolitik bei der Straßenbahn nicht durchwegs in Anwendung zu kommen. Während der Regentage der letzten Woche fuhren tagtäglich die 2er Wagen nach Rappnau, genau so mit Anhängern und in denselben Verkehrsrichtung wie an Sonnentagen. Befehle: Einige Personen. Trotzdem jedes Kind wußte, daß bei einem solchen andauernden Regenwetter es niemandem gelüßt, ein Bad in Rappnau zu nehmen. Scheint die Straßenbahn daran nicht gedacht zu haben. Von der so hoch gepriesenen Sparsache konnte man also — soweit die Rappnauer Linie in Betracht kommt — sich nicht überzeugen. Es fuhren wie gewöhnlich acht Züge, viertelstündlich mit Anhängern von morgens früh bis abends. Wo bleibt denn hier die Sparsache? Ja, Rappnau, das darf auch etwas kosten! Und sogar die Straßenbahn bringt ihre Opfer! Die anderen Linien werden dafür gedrosselt, auch wenn infolge derer Mahnungen das fahrende Publikum von der Straßenbahn weggeht.

Ein Leser aus der Südstadt macht, nachdem er zu der Kritik des Volksfreund in zutimmendem Sinne sich geäußert, folgenden Vorschlag: Die Verkehrsverhältnisse bei der Straßenbahn liegen im Argen. Wie wäre es, wenn die Wagenfolge verdichtet werden und mehr Motorwagen allein, dafür nicht so viel Anhängern mitgeführt würden? Die Personalkosten dürften wohl dieselben sein, aber infolge der dichteren Wagenfolge haben die Leute nicht mehr zu warten, so lange zu warten, bis endlich der nächste Wagen kommt. In anderen Städten hat man mit dieser Einrichtung sehr gute Erfahrungen gemacht. Trotzdem man ja nicht immer sagen kann, daß das, was in der einen Stadt an Nutzen ist, im Straßenbahnverkehr auch in der anderen Stadt angebracht ist. Die Verhältnisse sind ja verschieden, aber schließlich wäre der Vorschlag eines Versuches wert.

Im Anschluß an unsere Kritik im allgemeinen befaßten wir uns auch mit dem mangelhaften Anschluß an die Züge der Albtalbahn. Dabei wurde unter anderem auch bemängelt, daß ein Einlegewagen vom Marktplatz her nur bis zur ersten Haltestelle an den Hauptbahnhof fahre und dann am Hauptbahnhof 10 Minuten stehen bleibe, so daß die Albtalbahnfahrkräfte gezwungen sind, zu Fuß bis zur Albtalbahn den Weg zurückzulegen. Hier ist erstens festzustellen, daß dieser Wagen nun durchfährt bis zum Rappnauerweg bei Beierheim, und dort die 10minütige Pause verbringt. Es geht also auch so. Aber warum muß denn das Publikum zuerst verzögert werden, bevor eine vernünftige Regelung vorgenommen wird? Hoffentlich werden auch noch die anderen Mißstände beseitigt, soweit dies unter den heutigen Verhältnissen möglich ist.

Badischer Heimatdank

Der Ortsausschuß Karlsruhe des Badischen Heimatdankes hatte auf Montag, 18. Juni 1932, seine Mitglieder zu einer Versammlung in den Bürgeraal des Rathauses eingeladen. Der Vorsitzende 1. Bürgermeister Sauer, teilte mit, daß der Ortsausschuß Karlsruhe des Badischen Heimatdankes im Jahre 1916 gegründet worden sei. Er habe sich die Aufgabe gestellt, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die reichsweite soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in den Fällen zu ergänzen, wo die öffentliche Fürsorge nicht einreife könne. Seine Geschäftsführung sei damals an das Kriegsunterstützungsamt angegliedert worden und später bei der Neuorganisation des Fürsorgeamts an dessen Abteilung K übergegangen. Stabiamtmann Graf habe bisher die Geschäfte geführt. Der Ortsausschuß sei in den letzten Jahren seiner segensreichen Tätigkeit nicht an die Öffentlichkeit getreten. Trotzdem sei die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß auch heute noch rund 350 zahlende Mitglieder in Karlsruhe vorhanden seien. Es sei in hohem Maße anzuerkennen, daß diese Mitglieder dem Heimatdank die Treue gehalten haben. Infolge der mangelhaften Verhältnisse, die das Reich gezwungen haben, die erforderlichen Sparmaßnahmen auch auf die Opfer des Weltkrieges auszuweiten und durch die auch die Fürsorgeverbände veranlaßt sind, ihre Ausgaben in weitestem Maße zu kürzen, erhalte die private Fürsorge wieder erhöhte Bedeutung. Es sei deshalb erforderlich, daß der Ortsausschuß des Badischen Heimatdankes aus seiner Reserve heranstrete und versuche, private Mittel für die

Wohin gehen wir nächsten Sonntag?

Ein Sonntag im Albtal!

Unser kleiner Fritz schläft noch, als helles Licht in sein schlaftrunkenes Gesicht flutet. Zu gesund und tief ist sein Schlaf, um sich von den frühen Strahlen der Sonne hören zu lassen. Dann ist es die Mutter, deren Ruf ihn weckt! Er schaut die glühende Sonne, die ihn am blauen Himmel anläßt und läßt es in die Kleider. Der Vater hat seinen Rucksack gepackt. Der Fritz hat seinen Rucksack, „der fast noch schwerer ist, als der des Vaters“ auf dem Rücken. Die Mutter eilt sich, denn der Haushalt will einigermaßen besorgt sein.

Die Elektrischen sind voll Ausflügler und Wanderlustiger, die den Sonntag draußen verbringen wollen, und zum Bahnhof eilen. Der Fritz fährt heute nicht mit der „großen“ Bahn. Er beantragt sich mit der Albtalbahn, denn so hat es Vater gesagt — Sonntagsrückfahrkarte 0.60 RM. Vor dem kleinen, idyllischen Bahnhof haben sich viele Menschen angeammelt, die Platz nehmen in den einfachen, dunkelgrünen Wägen. Dann fährt die Bahn unter lautem „Gebimmel“, die Unterführung durch Ein Gasse- und Huh-Rufen hebt an, das dumpf unter der Eisenbahnbrücke widerhallt!

Am sorgfältig gepflegten Gärtchen führt die Bahn vorbei, aus denen das weiße Rot der Rosen leuchtet, vermischt mit dem blühenden Weiß der Nelken. In den Beeten wächst Salat und Gemüse und unter den breiten Blättern verbergen sich die roten, saftigen Erdbeeren. An den Bäumen, die weit an die Bahn heranragen, zeigen sich die unreifen Zwetschen und Pfämen, drängen halbrote Rirschen an den Ästen aus dem dunklen Grün der Blätter hervor. Der Dämmerstod, ein Stück Wahrheit der Stadt, wenn man vom Süden kommt, mit seinen sich schließenden Häusern, liegt freundlich in der warmen Sonne, etwas Erholendes und Schönes muß es sein, den Sommer über in diesem so luftig aussehenden Räume zu wohnen.

Weiter bringt uns die Bahn! Unserem Fritz macht das „Gebimmel“, wie er es immer so liebhaft nennt, eine riesige Freude.

Hippuz-Gartenstadt!
Keinen Stadteil neben der Hardwaldsiedlung gibt es in Karlsruhe, der hygienisch und architektonisch so ansprechend gebaut ist, wie die Gartenstadt.

Erlingen, die Albt! —
Wir sind an unserem Ziel angelangt! Durch die freundlichen Anlagen, vor dem Bahnhof gehen wir hindurch dem Ende der Stadt zu.

Zwischen bewaldeten Hängen zweier Berge, die langsam ansteigende Grenzen ziehen, liegt das schmale Albtal lieblich eingebettet. Eng ist die Flur, die durch die Vorberge abgedrückt ist, durch die das Albtal eindringt in die weite fruchtbare Rheinebene. Als Wächter des Tales und Wahrzeichen der Stadt Erlingen, die sich im Schatten der waldbestandenen Höhen ausgebreitet hat, ragt der Bismarkturm in das Blau des Himmels! An der Südwende des Berges reihen sich Neben an Neben.

Ein Wegweiser: Graf-Rheinweg weist uns die Richtung. Eine heimliche, wohlthuende Stimmung dringt an uns heran. Durch das grüne, hohe Gras der Büsche dringen vereinzelte Strahlen. Hunderte von Mäuden haben sich in dem warmen Licht. Weiß ist der Waldboden von den verfallenen, braunen Wäldern, die abwärts des Berges den Boden überdecken. Junges Grün hat sich hindurch gewagt und reckt sich zum lebenspendenden Licht empor. Weiß ein Jubelstern, ein Zwitschern und Loden aus den Zweigen bringt! In hurtigen Sprüngen legt ein Eichhörnchen von Stamm zu Stamm.

Eine Amel hüpf mit ergattertem Wurm in ihr Versteck zum leeren Mahl. Ob für sie auch Sonntag ist? Ob der ganze Wald den sonntäglichen Hauch vermischt, der den Menschen innerlich frei und froh macht?

Am Ufer der Albt fließt die Sense des Bauern durch das lottige Gras, das dahinsinkt, um in langen Reihen von der Sonne getrocknet zu werden. Dann ist es eine Mähmaschine, die im gleichen Rhythmus mähet, durch die Wiesen fährt, zugleich das gemähte Gras mähend. Haufen von duftendem Heu reißt sich an Haufen. Hoch geladen fahren die Schwärme den Scheunen zu!

Im vollen Licht liegt Bubenach! Ein reges Leben und Treiben herrscht an den Ufern der Albt. Jung und Alt gibt sich den Badesfreuden hin, küßt sich in dem frischen Wasser und macht Sonnenspäher. Oben am Wald sind freie Plätze, auf denen die Jugend in munteren Spielen sich tumelt. Wo das Tal enger wird, breitet sich Ehenrot aus. Rot funkeln die Dächer in der Sonne. Luftiger Gelang tönt von den Höhen und es ist, als wollte man der Vogelwelt Konkurrenz machen! Weiter hinten im Tale, wo das tiebliche Mosaik sich freundlich dem Albtal zu öffnet, liegt auf der einen Seite Spielberg und gegenüber Schöllbronn!

In mannigfachen Bindungen schlängelt sich das Albtal durch die leicht ansteigenden Höhen. Gar oft wechselt die hurtige Albt, die klar und rein über Hunderte von Steine fließt, sich kräuselt und schäumt, die Seiten. Keine Welle im Spiel der Wellen die Schatten des Farnen aber Klosterr. Das Tal breitet sich aus zu einem Kessel, in welchem das freundliche Herrschaft mit seinen herrlichen Anlagen und Höhen liegt, übertrag von dem einseitigen artigen schönen Döbel, zu dessen Füßen das Tal der Gsch sich eng anschließt.

In einem stillen, ruhigen Plätschen, in halber Höhe des Berges, lassen wir uns nieder. Die Rucke kommen vom Rücken. Der Vater spannt die Hängematte auf, und die Mutter richtet das Essen. Voll steht die Sonne am Himmel. Kleine, weiße Wolken sieren das tiefe Blau. Mäuden kummern in der lauen Luft. Schmeigen und Träumen ringum. Die frühlichen Wellen der Albt sind verlungen. Die Mutter schläft in der Hängematte, der Vater liegt im Schatten der Büsche und nur der kleine Fritz sitzt auf und spielt mit Gräsern und Wäldern.

Leise schweben die Glockentöne einer Kirchenglocke herüber. Vier Uhr! Bald wird die Zeit des Aufbruches herangekommen sein. Menschen ziehen im gleichen Schritt, schneidige Lieber jenseit beimwärts. Eine Jagdgarde eilt mit wendenden Wimmeln mit Hundstücken und Touristern besetzt den munteren Wäldern und Wiesen entlang. Die Sonne schiebt sich an hinter den Bergen zu verschwinden. Der Rucke wird vollends geleert und allmählich tritt man den Nachhauseweg an.

Zufrieden und glücklich führt der kleine Fritz Vater und Mutter an der Hand. Sie sitzen zusammen ein Lieb, das Mutter den Rücken geleert, der seit Schrift hält. Von den Bergen und Höhen, aus den Wäldern kommen Menschen, von der Sonne gebräunt oder verbrannt.

Fröhliche Geichter sind es, die am Morgen früh, leer und blank schienen, die die Abteile der Bahn füllen, Menschen, die heimwärts ziehen und nach einem gelegenen und billigen Sonntag vor allem mit frühem Mut dem morgigen Alltag entsagen trennen!

Aufgaben des Heimatdankes klüßig zu machen. Dies zu tun, sei man auch schon den Mitgliedern schuldig, die dem Heimatdank bis zur Stunde die Treue bewahrt hätten. Die Versammlung stimmte einstimmig der vom Vorsitzenden vertretenen Auffassung zu.

Des weiteren wurde der Verammlung auch ein **Kredenzhaltsbericht** vorgelesen, aus dem hervorgeht, daß in den Jahren 1924 bis 1931 über 16 000 M. verausgabt worden sind. Die Ausgaben seit dem 1. August 1931 bis 31. März 1932 betragen 2750 M. Hierauf wurde die Satzung heraten und den dazugehörigen Verhältnissen angepaßt. Der Voranschlag für das Geschäftsjahr 1932/33 wurde einstimmig angenommen.

Es wurde noch beschlossen, daß die Geschäftsstelle wie bisher beim Fürsorgeamt K verbleiben solle, weil sich diese Maßnahme außerordentlich gut bewährt habe. Anmeldungen zum Beitritt sind an dieses Amt (Amalienstraße Nr. 35) zu richten. Geschäftsführer bleibt nach wie vor Stabiamtmann Graf. Erleichterungsweise konnten bereits in der Versammlung selbst neue Mitglieder gemorben werden.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende sprach nochmals allen Mitgliedern des Heimatdankes für die Treue, die sie demselben bewahrt haben, herzlichen Dank aus. Gleichzeitig gab er den Hoffnung Ausdruck, daß dieses schöne Beispiel noch recht viele Mitbürger unsere Stadt veranlassen möge, dem Heimatdank beizutreten und ihn in seiner Aufgabe, die Not der Opfer des Krieges in allen den Fällen zu lindern und helfend einzusetzen, wo öffentliche Fürsorge nicht ausreicht, zu unterstützen.

Badische Kirchenwahlen

Am 10. Juli finden die Wahlen zur bad. Landesynode, dem obersten kirchlichen Kirchenparlament, statt. Dieser Wahl kommt eine Bedeutung zu, die sie weit über die bisherigen Kirchenwahlen hinaushebt. Das erfährt man schon daraus, daß die Nationalsozialisten eigene Listen aufgestellt haben. Bei der heutigen Sachlage werden die religiösen Sozialisten, die einzige stärkere Gruppe sein, die für eine freie Volkskirche kämpfen. Die Kirchen sind heute härtere Machtfaktoren, als vor dem Kriege. Auch der Arbeiterschaft, und darüber hinaus jedem frei gesinnten Menschen kann es nicht gleichgültig sein, in welchem Geiste sie geleitet werden. Darum ist die Teilnahme an der Wahl Pflicht aller, die Mitglieder der Kirche sind. Nächsten Donnerstag hält Gen. Pf. Löw im

„Elefanten“ abends 8 Uhr einen Vortrag über die Bedeutung der Kirchenwahlen, zu welchem alle Freunde einer freien Volkskirche eingeladen sind. Es besteht kein Trinkzwang. Der Eintritt ist frei.

Die Reichsbahn veranstaltet Sonderfahrten. Die Reichsbahn veranstaltet in nächster Zeit mehrere Sonderfahrten, die in den Schwarzwald und an den Bodensee führen werden. Die Fahrten werden zu außerordentlich verbilligten Preisen durchgeführt, so daß viele, die bei der heutigen wirtschaftlichen Notlage auf Fernreisen verzichten müssen, diese Gelegenheit gern benutzen werden. Die erste Fahrt geht am 16. und 17. Juli von Freiburg über Basel, Neuchâtel, Konstanz, Meersburg nach Lindau und über Konstanz-Donauinseln nach Freiburg zurück. Die Reichsbahn stellt für die Fahrten ihre neuen Eilzugswagen zur Verfügung, so daß auch in dieser Hinsicht ein angenehmes Reisen gesichert ist. Die Fahrt kostet hin und zurück 10 M. Unterfunk und Verpflegung sind ebenfalls sehr verbilligt. Die Bodenleefahrt wird zeitlich befristet durchgeführt, doch auch Auswärtige sich beteiligen können. Am 2. Juli findet die Wiederholung der Badenweilerfahrt statt, die außerordentlich großen Anklang gefunden hatte. Im Kurort Badenweiler wird eine italienische Nacht veranstaltet werden, auch ist Gelegenheit zum Besuch des Bades gegeben. Am 7. oder 14. August wird dann St. Blasien besucht werden. Die Fahrt nach Badenweiler kostet hin und zurück 2 M. die nach St. Blasien ist ebenfalls sehr verbilligt.

(1) **Tierschutzverein Karlsruhe e. V.** Zur Zeit befindet sich die einzige Züchtungsstelle beim Wasenmeister in der Schlachthofstraße. Das zukünftige Tierheim ist noch nicht eröffnet. Es können daher vorläufig noch keine Tiere angenommen oder getötet werden. Die Größtmengen Flugblätter aufgenommen oder getötet werden. Die Größtmengen wird noch bekannt gegeben. Bei den Unzügen im Juli bitten wir, auf die Tiere zu achten. Katzen müssen in der neuen Wohnung mindestens eine Woche eingesperrt werden, bevor man sie ins Freie lassen kann. Der Hundbesitzer möge achtgeben, daß er seinen Hund an der Leine führt. Überzügliche Tiere lasse man beim Wasenmeister schmerzlos töten, jeden Nachmittag von 2-6 Uhr mit Ausnahme von Samstag und Sonntag.

(2) **Prozeß um den Kauf des Fabag-Affens.** In dem Prozeß der Subwehrdeutschen Bank (L. V.) gegen die Karlsruhe-Lebensversicherungsbank A.G. wegen Kaufs von Fabag-Affens erging in erster Instanz Urteil gegen die Beklagte, die sofortige Verurteilung eingeleitet hat.

Heute abend Hauptversammlung der sozialdemokr. Partei

Genossinnen, Genossen, besucht recht zahlreich die heute abend 8 Uhr im „Elefanten“ stattfindende Hauptversammlung
Genosse Dr. Remmele spricht.

Am Saaleingang Buchkontrolle

(1) **Raffeefahrten auf dem Rhein.** Das Motorboot „Eberle von Reich“ des Kapitäns Lindert führt um die Monatswende an drei Tagen seine beliebten Nachmittags-Raffeefahrten ab Rheinpfaffen nach Biedenkopf aus. (Siehe das Inserat in der gleichen Nummer.) Bei dem äußerst niedrig bemessenen Fahrpreis ist eine Beteiligung an diesen Fahrten jedermann wärmstens empfohlen. Weitere Auskünfte bereitwillig durch die Kartenverkaufsstelle, Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße. (Tel. 1420.)

(2) **Promenadenkonzert.** Die Badische Polizeikapelle veranstaltet am heutigen Mittwoch, den 29. Juni, nachmittags von 17.30-18.30 auf dem Stephansplatz ein Promenadenkonzert unter der Stabführung von Korpsführer Polentz.

(3) **Werbereinfaltung des Oberhessischen Vereins für Luftfahrt e. V.** im Rahmen der Luftfahrt-Werbewoche des Deutschen Luftfahrtverbandes (28. Juni bis 3. Juli). In der Zeit in ganz Deutschland stattfindenden Werbewoche für die Deutsche Luftfahrt wird auch der hiesige Luftfahrt-Verein bei der Karlsruher Bevölkerung um Unterstützung und Förderung der deutschen Luftfahrtbetriebe gebittet. Die Firmen Photobaus Glod u. Cie., mit dem Hauptgeschäft Kaiserstraße 89 und Filiale Kaiserstraße 221, Serrenmodehaus Rudolf Hugo Dietrich, Kaiserstraße 179 a und die Firma Gölzner, Kaiserstraße 121, haben sich erteilensweise bereit gefunden, Werbeprospekt für die Deutsche Luftfahrt zur Verfügung zu stellen und einzurichten. Die Buchhandlung zur Hauptpost hier, Kaiserstraße, veranstaltet eine Sonderchau über Luftfahrtliteratur. Ebenfalls wendet sich das Spielwarenhaus H. W. Doering, hier, Ritterstraße, an die deutsche Jugend mit einer Sonderausstellung von Flugzeugmodellen um. Zwei von der Segelfliegergruppe des hiesigen Luftfahrtvereins selbst gebaute Segelfluggesetze werden auf dem Marktplatz und vor der Hauptpost zur Schau gestellt. Bei günstiger Witterung findet abends mit Genehmigung und Unterstützung der Oberpolizei-Station vom Gebäude der Hauptpost aus, eine Flugvorführung eines Luftfahrtwerbesfilms statt. Der hiesige Stadtrundflug findet während der Werbewoche allabendlich statt. Als besondere Werbereinfaltung ist vom Luftfahrt-Verein in Gemeinschaft mit dem Automobil-Club ein Ballon-Ausflug mit Kraftfahrzeugbegleitung am Sonntag, den 3. Juli, vormittags 10 Uhr, ab Marktplatz angesetzt worden.

Die Maler stehen zur Eisernen Front

Zubührensversammlung des Verbandes der Maler, Filiale Karlsruhe.

Der große Saal der Klosterröhre in Forstheim war am Sonntag nachmittag überfüllt, als die Bezirksfiliale Karlsruhe des Verbandes der Maler dort eine Zusammenkunft abhielt, die zu einer wichtigen Kundgebung für die Sozialdemokratische Partei und die Eisernen Front wurde. Der Geschäftsführer Friedrich Karlsruher hielt die erhellenden Vorträge und wurde von den Organisationsmitgliedern in einer Begrüßungsansprache herzlich willkommen, während die eigentliche Rede des Tages der Bezirksleiter A. Schmitt hielt. Er gab einen interessanten Überblick auf die Geschichte des Verbandes und schloß dann in markanten, klaren Sätzen die gegenwärtige politische Lage und die Bedeutung des vor uns liegenden Kampfes. Mit einem wichtigen Bekenntnis zur Eisernen Front und zum Kampf für den wahrhaft demokratischen Sozialismus schloß er seine Rede, die für die Mehrheit der Anwesenden ein feierliches Akt war die gleichfalls vorgenommene Eröffnung einer Anzahl Vorklässe, die nun 25 und mehr Jahre dem Verband in guten und schlechten Tagen die Treue halten. Die Eröffnung nahm der Vorsitzende der Karlsruher Gruppe, Kraus, vor. Schluß und einfach war der Akt umrahmt von geselligen Darbietungen des Volkschors, und der Karlsruher Kollege, Cäfer, erzielte durch seine musikalischen Darbietungen am Klavier. Hr. Engler, Karlsruhe war mit einem lebhaften Zitat, während Hr. Ottenberger, Karlsruhe mit einem Tango erfreute. Zwei Kollegen, die schauspielerische Kräfte in sich fühlen, mimten stoff und unterhaltend eine derbe Ehezene. Kursum, jeder trug nach Kräften dazu bei, den improvisierten unterhaltenden Teil möglichst vielseitig zu gestalten und sorgte, bei guter Meinungsstimmung, dafür, daß der Nachmittag in bester Harmonie verlief.

Veranstaltungen

Prof. Wilmar Rob. Schmidt, der Vorkämpfer für die Santo-Nabiatoren in Amerika, befindet sich auf einer Vortragsreise durch Europa und wird am Donnerstag, 30. Juni, abends 8 Uhr im Saal der Hochschule für Musik über diese Nabiatoren sprechen und eine Reihe von Kompositionen vorspielen. Programme, die zum freien Eintritt berechtigen, sind zu haben in der Hochschule für Musik und im Pianolager 8, Maurer, Kaiserstr. 176.

Wasserstand des Rheins

Basel 138, aef. 7; Waldshut 335, aef. 2; Schaffhausen 198, aef. 12; Reil 350, aef. 7; Wozau 518, aef. 10; Wormheim 412, aef. 11 Zim.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weßstadt

Samstag, den 2. Juli 1932, abends 8.30 Uhr, im Lokal „Unter den Linden“ Sitzung der Bezirksleitung und Straßennoblen. Im Interesse der kommenden Reichstagswahl ist es Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.
Zugleich geben wir jetzt schon bekannt, daß am Samstag, den 16. Juli im „Württembergischer Hof“ eine öffentliche Wähler-versammlung stattfindet. Näheres für letztere wird noch bekannt gegeben.

Bezirk Mühlburg

Alle Vertrauens- und Straßennoblen haben am Donnerstag, den 30. Juni, 20 Uhr im „Süden“ zweites Handzetteltreue zu erscheinen.

Montag, den 4. Juli, 20 Uhr, im „Süden“

Öffentliche Wählerversammlung.
Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht. Werbt alle für einen guten Besch.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

8. u. 8. Zusammenkunft aller Kameraden am Donnerstag 20 Uhr im „Süden“.

3. 8. 1 und 5

Donnerstag, 30. Juni, abends 8 Uhr Versammlung im Gambinus (Ludwigsplatz). Noblen haben für vollständiges Erscheinen zu sorgen.

3. 8. 2

Donnerstag abends 20 Uhr Versammlung in der Hebelstraße. Straßennoblen, tut eure Pflicht. Jeder erscheint.

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold

Stabs-Kameradschaft. Der auf Mittwoch angekündigte Generalappell muß der Hauptversammlung der SPD wegen am Donnerstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, ins Volkshaus verlegt werden. Alles hat zu erscheinen.

Einheitsfront?

Der demagogische Schwindel der SPD.

Diese Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse und aller derer, die es mit der Verteidigung der politischen und sozialen Rechte des deutschen Volkes ernst meinen, ist vorhanden in der Eisernen Front. In ihr sind alle die kampftüchtigen, freitüchtigen gesinnten Deutschen unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei, der freien Gewerkschaften und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Hier kann sich jeder einreihen, der den Kampf gegen den Faschismus entschlossen führen will. Dazu braucht es keiner neuen „Einheitsfront“, wie das Schlagwort der Kommunisten zur Zeit wieder lautet. Mit ihrer Parole wollen sie nicht den Zusammenschluß der Arbeiter zu einer Front, sondern sie betreiben nur weiterhin auf Moskau Befehl die Zerstückelung der deutschen Arbeiterbewegung. Die wahre Genossenschaft der kommunistischen Leitung ist enthalten in einem

Rundschreiben Nr. 11

Während die Kommunistische Partei in heuchlerischen Aufzügen an die sozialdemokratischen Arbeiter und die Arbeiterorganisationen die „Einheitsfront gegen den Faschismus“ fordert, enthält sie in einem Geheimschreiben an ihre Vertrauensleute die wahren Absichten, die sie mit ihrer sogenannten „antifaschistischen Aktion“ verfolgt. Vor uns liegt das Rundschreiben Nr. 11 der ZK der KPD vom 4. Juni 1932. Wir entnehmen ihm die folgende Stelle:

„In unserer gesamten Politik, wie auch in der Führung des Wahlkampfes, bleibt nach wie vor die strategische Orientierung ausschlaggebend, wonach wir den

Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie führen müssen. Gegenüber den böswilligen Verleumdungen des Klassenfeindes über eine angebliche Wendung prinzipieller Art in unserer Strategie und Taktik müssen wir bei jedem kommunistischen Klarheit darüber schaffen, daß uns die Linie unserer Klassenpolitik dazu verpflichtet, vor allem die Sozialdemokratie zu isolieren, ihr die Arbeiter abzunehmen, weil das die wichtigste Voraussetzung für den Sieg über die Bourgeoisie, über den Hauptfeind, ist. Diese strategische Orientierung des

Hauptstoßes der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie bedeutet jedoch keineswegs, daß wir in unrunder Agitation und Propaganda plump und schematisch die Entlarvung der SPD, allen anderen Fragen voranzustellen . . .

Die sogenannte „antifaschistische Aktion“ ist also nichts anderes als eine antisozialdemokratische Aktion! Im Namen des Kampfes gegen den Faschismus führt man einen Minenkrieg gegen die einzige Macht, die dem Faschismus einen unzerbrechlichen Damm entgegenstellen kann: gegen die Sozialdemokratie. Man läßt die Arbeiter vor, durch Demonstrationen und Massenstreiks könnte man den Faschismus von heute auf morgen vernichten. Man läßt ihnen vor, daß die Sozialdemokratie, indem sie solche Illusionen belämpft, den Kampf gegen den Faschismus verhin-dere.

Die Arbeiterklasse wird über diese Politik des heimtückischen Arbeiterrats am 31. Juli ein noch härteres Urteil sprechen, als sie das schon am 19. Juni in Hessen getan hat!

Die Polizei berichtet:

Zur Anzeige gelangten:

mehrere Personen wegen Betrugs, 7 Personen wegen groben Unfugs und Kubelhörung, 30 Personen wegen Nichtbeachtung der Verkehrsregeln.

Gestohlen

wurden gestern 6 unversicherte aufgestellte Fahrräder.

Sinnlos verurteilt

Heute Nacht wurde ein 32jähriger lediger Taalabnehmer in der Bürgerstraße in sinnlos betrunkenem Zustande auf dem Gehweg liegend aufgefunden. Er wurde zur Polizeistation verbracht, von wo er nach erlangter Nüchternheit wieder entlassen wurde.

Wildgewordenes Motorrad

Beim Anziehen eines Motorrades Ede Kaiser und Douglasstraße kam beim Fahrer zu Fall. Das Motorrad, dessen Motor in der Zwischenzeit jedoch ansprungen war, überquerte selbständig die Douglasstraße und rannte gegen die Hauswand eines dortigen Wohnhauses. Bei dieser Schwarzfahrt des Motorrades wurde leider eine ledige Geschäftsinhaberin ungerührt, wobei diese Schürmunden an beiden Knien und eine Verstauchung des rechten Unterarms davontrug.

Zeit Anzeige seiner Ehefrau wurde am Dienstag um Mitternacht ein Kaufmann aus Darland, der der SPD angehört, in der Pfalzstraße von einer Gruppe vermutlich kommunistischer Radfahrer überfallen und mißhandelt, so daß er mehrere leichte Verletzungen davontrug.

Kleine bad. Chronik

Opfer der Straße

* **Weinheim, 28. Juni. Schwere Sturz vom Motorrad.** Auf der Straße Heppenheim nach Bensheim stürzte aus noch ungeklärter Ursache der 33jährige verheiratete Elektrotechniker Richard Schweitzer aus Lautenbach so unglücklich vom Motorrad, daß er mit erheblichen Verletzungen in das Weinheimer Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo ein komplizierter Oberschenkelbruch festgestellt wurde. Der linke Arm mußte dem Bedauernswerten amputiert werden.

* **Benzfluch i. Schm., 28. Juni. Autounfälle.** Durch unachtsam spielende Kinder wurde in der Nähe des Strandbades ein Auto gezwungen, nach links auszuweichen, um ein Unglück zu verhüten. Das Auto fuhr auf einen Wehrstein, und das war sein Glück, andernfalls wäre es in das Strandbad gestürzt. Eines der spielenden Kinder wurde von dem Auto getroffen. Dem Auto wurde der Fahrer eingedrückt, im übrigen kam der Wagenbesitzer mit dem Schreden davon.

* **Meßkirch, 28. Juni. Ins Auto geprügelt.** In Göggingen sprang das 6 Jahre alte Töchterchen Anna des Landwirts Anton Jäger während des Spiels in ein vorbeifahrendes Auto hinein, wurde von diesem überfahren und dabei so schwer verletzt, daß es bald darauf starb.

Eine Mühle niedergebrannt — Schaden gegen 60 000 Mark
* **Niesern (Amt Forstheim), 28. Juni.** Heute nacht kurz nach 11 Uhr erscholl Feueralarm. Die Rindmühlmühle von Viktor Gregel am Ortsausgang nach Dörschlag stand in Flammen. Trotz angestrengter Arbeit der Feuerwehren von hier und Umgebung wurde der ganze Gebäudekomplex zerstört. Von dem schönen Anwesen, der Mahl- und Delmilch sowie vom Wohnhaus und den Nebengebäuden stehen nur noch Mauertrümmer. Die Brandursache ist unbekannt. Der Schaden wird auf annähernd 60 000 M geschätzt und ist durch Versicherung gedeckt.

* **Jhringen, 28. Juni. Todessturz.** Eine Landwirtsfrau von Jhringen stürzte vor einigen Tagen beim Heuabladen vom Heustock herab. Sie ist den dabei erlittenen Verletzungen in der Chirurgischen Universitätsklinik Freiburg erlegen.

* **Dossenheim (bei Heidelberg), 28. Juni. Falschschwerer Streit.** Aus geringfügiger Ursache gerieten auf dem Markt zwei Obsthändler miteinander in Streit. Ein Feindenbeimer Händler schlug seinem aus Mannheim stammenden Gegner mit einem Gewichtstein gegen die Stirne. Der Mann brach bewußlos zusammen, erlangte beim Arzt zwar das Bewußtsein wieder, doch scheint er die Sprache verloren zu haben. Er wurde in die Heidelberger Klinik gebracht.

* **Ueberlingen, 28. Juni. Schadenfeuer.** In Dettingen brannte das Wohn- und Delonomiegebäude des Landwirts Wilhelm Hermann bis auf den Grund nieder. Ein Teil der Fahrnisse und die Futtermittel wurden dabei vernichtet. Der Schaden beträgt etwa 10 000 M.

Unruhen in Göbriichen

Forstheimer Polizei besetzt das Dorf.

Am Montag mittag sollte dem Landwirt Hoffsch in Göbriichen, einem kleinen Ort im Amtsbezirk Forstheim, wegen einer Grundbuchforderung von 60 M. ein Rind gepfändet werden. Dabei kam es sofort zu erregten Zwischenfällen, als zunächst nur 40 M. auf das Rind geboten wurden. Die Einwohner drängten auf einen Gendarmeriebeamten ein, treten ihm in den Rücken und mißhandelten ihn derart, daß er zur Festnahme von fünf Personen schreiten mußte. Mit Gewalt wurden diese Leute dann von den Einwohnern befreit. Inzwischen hatte der Schuldner S. die 60 M. beigebracht, so daß die Verpfändung hinfällig wurde. Der mißhandelte Gendarm jedoch schritt erneut gegen die Personen vor, die ihn am Montag mißhandelt hatten und brachte sie aufs Rathaus. Daraufhin brach erneut große Unruhe unter der Bevölkerung aus, die geschlossen vor das Rathaus zog und die Freilassung der Festgenommenen verlangte. Als diesem Verlangen nicht entsprochen wurde, wurden die

Fensterheben des Rathauses eingeworfen und das Rathaus zu stürmen versucht.
Nacht, abends gegen 9 Uhr, alarmierte man den Forstheimer Notruf. Die Bevölkerung, in höchster Erregung, sah am Eingang des Dorfes Posten und errichtete Barrikaden gegen die Forstheimer Polizei. Reiterposten mußten das Anrücken der Polizei signalisieren. Mit einem

Siegel von Steinen und Holzstücken wurden die Beamten empfangen und mehrere von ihnen arg verletzt.

Später, bei der Räumung der Straßen, fielen Schüsse gegen die Polizei, die dann ihrerseits auch von der Waffe Gebrauch machte. Dabei wurden fünf Zivilisten mehr oder weniger schwer verletzt. Der 63jährige Landwirt E. Bastian erhielt einen Schulterschuß und eine Frau einen Schuß in den Arm. Die Polizei brachte denn die fünf Verletzten nach Forstheim. In der Nacht und am Montag blieb es in Göbriichen ruhig. Polizeiposten mit Karabinern hielten das Dorf besetzt, um die notwendigen Untersuchungen in Ruhe vornehmen zu können.

Karlsruher Umgebung

Berghausen

Die Parteiversammlung am Donnerstag erzielte durch recht zahlreichen Besuch. Zur Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht vom Offenburger Parteitag, 2. Bericht von der Karlsruher Versammlung der Eisernen Front, 3. Bericht über die Arbeit des Parteitag. Besondere Würdigung fand die Rede des Gen. Breitheid. Den Bericht von der Eisernen Front-Versammlung gab Gen. Wagner. In der Diskussion wurden die neuen Agitationsmethoden besonders vermerkt. Unter Punkt Bericht über die eingelaufenen Briefe bekannt. In alle Genossen und Genossinnen wurden wir die Bitte, legt die Freiheitsworte an, überall muß unser Ruf ertönen: Freiheit!

Mörch

Friedhofshändlung. In der Nacht vom 27. zum 28. Juni wurde auf unserm Friedhof zum zweitenmal in diesem Jahre eine Grabshändlung von rufloser hiesiger Hand ausgeübt, indem ein Grabstein umgeworfen und eine vor der Friedhofkapelle liegende Marienfigur (ungefähr ein Meter hoch) umgeworfen wurde. Soffentlich gelinst es endlich, den oder die Täter zu ermitteln.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Donnerstag, den 30. Juni 1932: Weilt heiter und trocken, sehr warm, höchstens vereinzelt Wärmeewitter.

Auskünfte der Redaktion

57, Offenburg. Das Material kam erst Dienstag mittag an. Postkennzel 28. 6. 32, 7-8.
Uuenheim. Die Eltern sind für alle Schäden, die ihre Kinder verursachen, haftbar.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 27. Juni: Frieda Schumacher, 55 Jahre alt, Ehefrau von Philipp Schumacher, Architekt. Beerdigung am 29. Juni, 14.30 Uhr. Josef Bucherer, 17 Jahre alt, Seiler, ledig (Malk).
612 S.

Dereinsanzeiger

Durlach. Achtung, Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbands. Freitag, 1. Juli, nachmittags 6 bis 8 Uhr, findet im Darmstädter Hof Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung statt. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht.

Mittwoch
Donnerstag
Freitag

Für Monats-Ende etwas Besonderes

Strümpfe	Herrenartikel
Kinder-Söckchen mit Wollrand Größe 1 -25	Herren-Unterhose Knie- od. lange Form sehr Makro 1.00
Kinder-Söckchen Baumwolle Größe 1 -15	Herren-Knie-Hose sehr Makro 1.40
Kinder-Kniestrumpf Seidenflor Gr. 6 bis 10 Paar 1.45	Herren-Netzjacke gute Qualität m. Knopf weiß o. gelb -75
Damen-Strumpf kunst. plattiert in 4 fäch. Schlie Paar 1.45	Herren-Polo-Hemd pastellfarbig 2.60
Damen-Strumpf künstl. Wäsche-seide, feinmasch. Paar 1.45	Herr.-Tennis-Hemd 2.60
	Herr.-Sporthemd od. beige mit festem und losem Kragen 2.90

Baskenmütze reine Wolle Handarbeit -50

Burchard

Zurück!
Dr. Brillmayer
Facharzt für Nerven- und Gemütskrankheiten
Kriegsstraße 47a Fernsprecher 1955
(am Karlstor)



**Rhein-
fahrten**

des Motorschliffes „Enderle von Ketsch“
Die nächsten Nachmittags-Kaffeefahrten ab rheinhafen Nordbocken finden statt:
am kommenden Donnerstag, den 30. Juni, am Freitag, den 1. Juli, jeweils von 4-6 Uhr und am Samstag, den 2. Juli von 2-4 Uhr. Preis für Erwachsene 0,80 Mk., für Kinder im schulpflichtigen Alter die Hälfte.
Kartenverkauf: Verkehrsverein, Auskunftsstelle, Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße.
Jakob Limbeck, Kapitän, Ketsch a. Rh.

Für das heute Mittwoch, 30. Juni, nachm. im Stadtkonzert stattfind. **Sinfonieorchester des Philharmonischen Orchesters** wurde als Gast-Dirigent der bekannte Kapellmeister Herr **Dolezel** (ehem. Mittel- u. Landesth.-Orch.) verpflichtet.

Café-Restaur. 3 Kronen
Kronenstr. 19 Telefon 5016
Morgen Donnerstag **Schlachtlag**
Unverg. Qualitätsweine, Moninger Export-Bier. Gemütliche Gesellschaftsräume.
Ferdinand Weber.

Krankenfahrt
gebr. für ältere Frau gesucht. Angeb. unter K 1199 a. d. Volksfreund.

Sehr hübsch und reizend aussehende **Wohnküche** mit Edelholzeinlag. 7 Teile. 90.-
Die Einlagen aus echt Kirschbaum und Zebrawood beim Büffelt wirken wundervoll. Innen ist das Büffelt ganz ausgelegt. Unterteil mit 2 Schubladen und Besteckkasten. Oberteil mit geschliffen. Scheiben und Gardinen bespannt. Ferner gehört zu dieser Küche 1 Putzschrankchen 1 Tisch mit Linol, 2 Stühle, 1 Hocker, 1 Handtuchhalter. Der Preis ist nur deshalb so niedrig, weil es sich um ein Einzelstück aus einer großen Sendung handelt. Wenn Sie eine alte Küche haben, nehmen wir solche noch in Zahlung und können Sie den Rest in Raten zahlen.
Möbelsaus **Marx Kahn**
Waldstraße 22 (neben Colosseum)

Wohnung
2-3 Zim.-Wohnung in pünktl. Zahlr. gesucht. Abz. zu ertr. unt. W 1201 im Volksfreund.

Wohnung
bestehend aus 4 Zimmern, Küche, Bad und Zubehör, zu vermieten. Verjährungszeit an Wochentagen: vormitt. von 10-12 Uhr, Telefon 7920/21. 3431

Freundlich möbliertes **Manj.-Zimmer** billig zu verm. Engelstraße 14, III 1., Südfl. Möbliertes Zimmer mit elektr. Licht sofort oder später zu vermieten. Zu ertr. Biederstr. 96 IV.

Möbli. Zimmer zu verm. Grödingen, Kaiserstraße 66, 61196

19jähriges Mädchen sucht tagel. Stelle zu 1-2 Kindern, hilft auch im Haushalt mit. Abz. zu erfragen unt. B 1202 im Volksfreund.

Schlafzimmer
sehr schön, mod. Zimmer, Eiche u. Nussb., gerundet, neuwertig, kompl. zum sehr bill. Preis 4350,- zu verf. Off. u. Nr. 3460 a. d. Volksfreund.

Ende Beilegung an Haus- und Grundbesitz
geg. Abgabe eines groß. Solvens von 30.000,- Goldpfandbriefen. Abz. geb. unter Nr. 3461 an den Volksfreund.

Abgabe nur an Mitglieder

Lebensbedürfnisverein

Die Kohlen-Sommer-Preisliste
ist in allen Verteilungsstellen erhältlich. Wir bitten, die Bestellungen recht bald in den Verteilungsstellen oder im Hauptbüro, Roonstraße 28, abzugeben. Kohlengutscheine der Bad. Beamtenbank werden in Zahlung genommen.

Gebrauchte MOEBEL
(gute) aller Art **kauft u. verkauft** 300
Schirmann, Markgrafenstraße 43

Besonderer Umstand wegen gut gehendes **Friseur-Geschäft**
zu verfaul. in Zurlach. Zu ertr. unt. Nr. 607 im Volksfreund.

Neuerscheinung 1932
Preis nur 2 Mk.

Keine Reise, keine Wanderfahrt
ohne
Dietz Reise- und Wandertührer

Volksfreundbuchhandlung
Karlsruhe, Waldstr. 28, Fernruf 7020/7021

BEI UNS
DER **GROSS-VERKAUF**
Der neue Beweis unserer Leistungsfähigkeit!
Betrachten Sie unsere **SCHAUFENSTER**
Betrachten Sie die **QUALITÄTEN** und **PREISE** im Hause!
VERKAUFS **BEGINN: HEUTE!**
HERMANN TIETZ
KARLSRUHE

Küchen
von 99,- abwärts 75,-
1. Schlafzimmer schön ein- u. umfänglich, bei bill. Preis 4350,- zu verf. Off. u. Nr. 3460 a. d. Volksfreund.

An die mittelbadischen Ortsvereine der S.P.D.!

Genossen, es gilt! Schafft Aufklärung unter dem Landvolk! Unter dem Titel

Landmann erwache!

ist eine 16seitige neue Bauernbroschüre der Partei erschienen, die für 10 Pfennig abgegeben wird.

Der Wahrheit die Ehre - Der Lüge den Laufpaß!

Unter diesem Motto wird die politische Entwicklung der Nachkriegszeit beschrieben und die Arbeit geschildert, die die deutsche Sozialdemokratie im Interesse der Landwirtschaft geleistet hat. Die Schrift ist vorzüglich geeignet, dem Landmann die Augen zu öffnen über die maßlose Hetze der Rechtsradikalen. Sie zeigt gleichzeitig den Irrweg auf, den die Nationalsozialisten das deutsche Volk und damit auch die deutsche Bauernschaft führen wollen. **Führt mit dieser Broschüre den Wahlkampf unter dem Landvolk!**

Bestellt umgehend! Rabatt wie gewohnt!
Volksfreund Buchhandlung
Karlsruhe (Baden), Waldstraße 28 • Fernsprecher 7020/21

Feuerbestattungsverein Karlsruhe E. V.
(über 1500 Mitglieder).

Alle Anhänger der Feuerbestattung werden hierdurch zum Beitritt eingeladen. Jahresbeitrag 3 Mk., Aufnahmegebühr 1 Mk. Nach zweijähriger Wartezeit schon 40 Mk. Sterbegeld, steigend bis 100 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft; diese ersetzt letztwillige Verfügung und Inanspruchnahme von Zeugen. Vereinfachung der Formalitäten. Anmeldungen an 1150

F. Wildenthaler, Boeckhstr. 52, Tel. 7998

Piano
prachtvoll, wie neu, zum Spottpreis b. 4.350,- zu verfaul. Off. u. Nr. 3460 a. d. Volksfreund.

Abtützwenn, glanzhell
Alter 20 Jähr. Fraßweise frei Keller 3472
H. Zielenbocher
Bohenstr. 95, Tel. 3420

? Gasherd ?
Dann natürlich nur den neuen **Senking-Normen-Gasherd** mit den ganz neuartigen und konkurrenzlosen Verbesserungen **Backt, bratet, grillt und sterilisiert fabelhaft!**
Nur im bestbekanntesten Spezialhaus **Bender & Co. GmbH** Amalienstr. 25 Ecke Waldstr. Fernspr. 244 u. 245